Die Affäre Sonderegger

Autor(en): **Reinhard, Ernst**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **22 (1942-1943)**

Heft 11

PDF erstellt am: **23.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-334653

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

ROTE REVUE
SOZIALISTISCHE MONATSSCHRIFT
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

22. JAHRGANG -- JULI 1943 -- HEFT 11

Die Affäre Sonderegger

Von Ernst Reinhard

Der Staub, der um den Appenzeller Nationalrat Sonderegger wegen seiner Briefe wirbelt, die er im Jahre 1940 an seinen Bundesbruder, den Lehrer Schmid in Zürich, und einen Freund, den Nationalrat Gadient, schrieb, ist vortrefflich geeignet, die eigentlichen Hintergründe der ganzen Affäre zu verdecken und die Urheber zu tarnen; kein Wunder, daß sich selbst ernsthafte Demokraten durch den geschäftigen Lärm und die Staubwirbler betäuben lassen. Wir wollen versuchen, die Hintergründe zu beleuchten.

Im Mai und Juni 1940 war mit dem Zusammenbruch Hollands, Belgiens und Frankreichs ein System zusammengebrochen. Hatte man vorher schon Mühe, die Unterschiede, die zwischen der französischen Form der Demokratie und der schweizerischen bestand, verständlich zu machen,, und nicht nur als solche der Form, sondern des Wesens darzustellen und verständlich zu machen, so ließ die Aufregung der Tage, verbunden mit einer tiefen Depression, die wir alle spürten, diese Wesensunterschiede klein und unbedeutend erscheinen; für Tausende hatte einfach die Demokratie schlechthin versagt und die faschistische Form der Diktatur ihre Überlegenheit auf der ganzen Linie bewiesen. Die Feinde der Demokratie, die in der Schweiz um den Frontismus und die antimarxistische Front herum an Zahl nicht gering waren, hielten daher mit Siegesjubel nicht zurück und lasen der Demokratie ihre Grabrede; aus allen Mauslöchern krochen sie nun ins Tageslicht, die man vorher in allen politischen Schlachten geschlagen und verjagt hatte. In allerlei Formen spiegelte sich das faschistische Denken wider: Vom Korporationenstaat katholischer Prägung bis zum offenen nationalsozialistischen Bekenntnis war alles vorhanden. Wenn in dieser Zeit die Freunde einer autoritären Demokratie ihre Stunde schlagen hörten, wenn sie sich jetzt hervordrängten, wenn sie, neben einer Verneigung vor dem Sieger, gleichzeitig ihre Pläne zur Beseitigung der demokratischen Staatsform und zur Aufrichtung einer antidemokratischen, halb oder ganz faschistischen Ordnung unterbreiteten, so gehörte das ganz und gar in jenes System, das eben in Frankreich die Regierung des Marschalls und das Regime von Vichy geschaffen hatte.

Seit langem war bekannt, daß im Bundesrat der rührigste Vertreter katholischer Auffassung, Bundesrat Philipp Etter, einen besondern Plan

zum Umbau des Staates bereithalte. Konnte man darüber vielleicht nie Genaues erfahren, so war jedoch kein Zweifel möglich, daß die Hauptkraftlinien dieser Staatsreform nach der Errichtung eines Korporationenstaates drängten. Ebenso war die Neigung des Waadtländers Pilet-Golaz zu Formen der autoritären Demokratie nicht unbekannt. Wenn nun diese Richtung im Untergang der westlichen Demokratien eine Bestätigung ihrer politischen Auffassung fand, so war es ganz natürlich, daß sie in dieser Stunde des Zusammenbruchs glaubte, mit ihrem Staatssystem als Retter auftreten und gleichzeitig mit der Sicherheit der Schweiz auch ihre eigenen politischen Geschäfte sichern zu können.

Am 25. Juni 1940 hielt daher der damalige Bundespräsident Pilet-Golaz im Radio eine Ansprache an das Schweizervolk, die nachher von Bundesrat Philipp Etter in deutscher, von Bundesrat Celio in italienischer Sprache verlesen wurde. Die Rede war dem Bundesrat als Gesamtbehörde nicht unterbreitet worden; einige Bundesräte waren zum Teil vorher unterrichtet worden, die andern wurden es erst nachher; wie weit eine Einigung auf dem Boden der Rede nachträglich zustande kam, ist schwer zu sagen; daß keine *vollständige* Einigung herbeigeführt wurde, glauben wir zu wissen. Die charakteristischen Stellen dieser Rede sind die folgenden:

> «Frankreich hat soeben den Waffenstillstand mit Deutschland und Italien abgeschlossen. Welches auch die Trauer sein mag, die jeden Christen angesichts der angehäuften Ruinen und Menschenverluste erfüllt, so bedeutet es doch für uns Schweizer eine große Erleichterung, zu wissen, daß unsere drei großen Nachbarn nun den Boden des Friedens beschritten haben. Diese Nachbarn, mit denen wir so enge geistige und wirtschaftliche Beziehungen pflegen, diese Nachbarn, die im Geiste auf dem Gipfel unserer Berge in Himmelsnähe zusammentreffen und deren Kulturkreise uns jahrhundertelang bereichert haben, wie die vom Gotthard herabfließenden Ströme ihre Ebenen befruchten. Diese Beruhigung, dies dürfte wohl das zutreffende Wort sein, ist natürlich, menschlich.»
>
> «Der Bundesrat hat euch die Wahrheit versprochen. Er wird sie euch sagen ohne Beschönigung und ohne Zaghaftigkeit. Der Zeitpunkt der innern Wiedergeburt ist gekommen. Jeder von uns muß den alten Menschen ablegen.»
>
> «Eidgenossen, an euch ist es nun, der Regierung zu folgen, als eines sichern und hingebenden Führers, der seine Entscheidungen nicht immer wird erklären, erläutern und begründen können.
>
> Die Ereignisse marschieren schnell. Man muß sich ihrem Rhythmus anpassen. Auf diese Weise und nur so werden wir die Zukunft bewahren können.»
>
> «Da der Krieg nicht mehr an unsern Grenzen toben wird, können wir unverzüglich eine teilweise und stufenweise Demobilisation ins Auge fassen.»

Die Tendenz dieser Rede war ganz klar. Innerpolitisch bedeutete sie die Aufgabe der alten Demokratie, den Willen zum Umbau des Staates nach der Richtung einer autoritären Demokratie, die Anerkennung des Führerprinzips im Grundsätzlichen, die Zertrümmerung der Parteien, die

Auflösung der Gewerkschaften, die Knebelung der Presse im Praktischen. Außenpolitisch bedeutete sie durch ihre ganze Konzeption und durch die Ankündigung einer teilweisen Demobilisation eine Verbeugung vor der Achse. Schärfer zu charakterisieren ist jetzt noch nicht erlaubt.

Der Eindruck der Rede war ein gewaltiger. Innerpolitisch fand sie ihren zustimmenden Ausdruck durch die Eingabe der Zweihundert, die als Wegbereiter der faschistischen Staatsform bei uns auftraten; man wird sich die Namen dieser Leute, die damals bereit waren, in Bausch und Bogen die Demokratie über Bord zu werfen und für den Faschismus den Schrittmacher zu spielen, merken müssen. Damals schrieb Duttweiler, daß der deutsche Mensch unsere Hoffnung sei, damals schwenkte die einst überdemokratische Jungbauern-Bewegung ins faschistische Lager ab, damals trat Graf von der «Nation» zu den Jungbauern über, und was solcher Erscheinungen mehr sind. Im Ausland fand die Rede den Beifall der Achsen-Presse; im Organ Goebbels, dem «Angriff», wurde geschrieben:

> «Gestern hat sogar kein Geringerer als der schweizerische Bundespräsident eine Botschaft an das Schweizervolk gerichtet, die beachtenswert erscheint. Seine Worte zeugen von einer scharfen Rechenschaftsablegung. *Das Europa, das war, wird nicht wiederkommen, ein Staat, der in dem neuen Europa leben will, muß sich auch zu dem neuen europäischen Geist bekennen.*»

Man muß diese Anerkennung zweimal lesen, um ihren wirklichen Sinn zu verstehen. Es gab eine Richtung, welche die Grundgesetze der Verfassung außer Kraft zu setzen bereit war. Die Frage, wie Bundespräsident Pilet-Golaz seine neuen Grundsätze durchführen wolle, blieb unabgeklärt. Daß eine solche Ordnung nur unter Mißachtung des Volkswillens möglich war, das war allen Einsichtigen sofort klar. Wurde das Volk zum freien Entscheid über die neuen Grundsätze aufgerufen, so konnte gar kein Zweifel darüber bestehen, daß es sie zornig und einmütig ablehnen würde. Nicht einmal in der Waadt hätte sich für eine derartige Auffassung eine Mehrheit gefunden. Es hätten also andere Wege gegangen werden müssen, um das gesteckte Ziel zu erreichen. Daß diese Wege nicht im Gebiete der demokratischen Staatsform lagen, braucht nicht weiter erörtert zu werden.

Wenn man aber diese Rede in den Zusammenhang bringt, in den sie gehört, das heißt in Verbindung mit dem autoritären Kurs, der von Frankreich herüberkam und bei uns von jeher seine Anhänger gehabt hatte, mit dem Willen zum Korporationenstaat, mit der Eingabe der Zweihundert, mit der Haltung eines großen Teils der welschen Presse, dann war man wohl berechtigt, von einer Verschwörung gegen unsere Verfassung zu sprechen. Nicht Personen, nicht Behörden waren das Ziel dieser Verschwörung der intellektuellen faschistischen Observanz, sondern schlechtwegs die Demokratie in ihren schweizerischen Formen. Für diejenigen, welche kühlen Kopfes die Tendenz der Rede vom 25. Juni 1940 erkannten, war es klar, daß dies nur ein Anfang sein würde, auch wenn der Mann, der den ersten Schritt zu gehen bereit war, nicht bis ans Ende des gefährlichen Weges zu gehen bereit war, den er jetzt beschreiten wollte. Selbst wenn anzunehmen war, daß er, wären seine Pläne geglückt, vor den Kon-

sequenzen wie mancher andere schließlich erschreckt wäre, so war doch dem politisch Denkenden nicht erlaubt, die Konsequenzen nicht zu sehen, die sich automatisch einstellen würden, wenn dieser Weg beschritten wurde: Konzessionen, Anpassung, Angleichung, Gleichschaltung, Eingliederung, Finis Helvetiae! Das stand mit eherner Gesetzlichkeit am Ende dieses Weges, den man jetzt, halb aus politischer Spekulation, halb aus Angst zu gehen bereit war, ohne das Ende selbst zu bedenken.

Diese ganze Politik lehnte sich an Gedankengänge an, welche die Politik des Marschalls und Lavals beherrschte; ihre Taufe hatte sie nicht mit dem Wasser des Rütli, sondern mit Vichy-Wasser erhalten. Aber es gab in diesem System einen gewaltigen Denkfehler, der schließlich zum Scheitern der Verschwörung führte: Wenn auch eine ewig schwankende Schicht von Intellektuellen sofort bereit war, den Rücken zu beugen, so war unser Volk lange nicht so weit, wie das französische: Es war ungeschlagen und hatte nicht nur eine ungebrochene Liebe zu seiner schweizerischen und demokratischen Staatsform, sondern es war auch zum äußersten Widerstande bitter entschlossen. Arbeiter, Bauern und Handwerker waren in ihrer überwältigenden Mehrheit nicht faschistisch und nicht erschüttert; sie standen fest – und unsere Armee stand zu ihrer Fahne. Wir hatten keinen Marschall, aber einen General. Durch diese zwei Kräfte kam der Widerstand. Im Kanton Bern, bei dessen Bauern und Handwerkern das kapitalistische Denken am wenigsten verheerend gewirkt hatte, kam die Einigung zwischen allen Schichten des bedrohten Volkes zustande; am 1. August 1940 wurden die Grundsätze der Arbeitsgemeinschaft politischer Parteien des Kanton Berns verkündet, die in allem in schroffestem Gegensatz zu den Theorien der Rede vom 25. Juni 1940 waren. Sie waren die offene Kriegserklärung an die Politik des Herrn Pilet-Golaz. Dadurch wurde im wichtigsten Kanton der Eidgenossenschaft ein Block des Widerstandes geschaffen, über den hinwegzukommen niemanden gelingen würde. Am Widerstand der Berner entzündete sich bald der Widerstandswillen anderer Kantone; waren die dort entstandenen Gebilde auch mehr vorübergehender Art und wurden sie, unter dem Einfluß von Verhältnissen, die zu untersuchen nicht Aufgabe dieser Klarlegung sein soll, bald darauf wieder aufgegeben, so genügte ihre Kraft doch für den Augenblick; ihr Entstehen reichte aus, um den Verantwortlichen klarzumachen, daß kein Weg aus der Demokratie zur Konzession an den Faschismus führe. (Auf dieses große, historische Verdienst der Arbeitsgemeinschaft, die jetzt so viel verleumdet wird, muß hingewiesen werden. Es sei nur noch festgehalten, daß sie nie zum Burgfrieden führte und daß die bernische Partei, die man unter dem selbstmörderischen kommunistischen Einfluß oft genug angegriffen und übel kritisiert hat, sich dadurch nicht irgendwie gehemmt fühlte; ganz im Gegenteil hat sie auch für sich politische Erfolge im ehrlichen Kampfe gegen die andern Parteien der Arbeitsgemeinschaft herausgeholt, die andern ohne Arbeitsgemeinschaft versagt blieben.) Die Armee aber ließ gar keinen Zweifel darüber, daß sie nirgends nachgeben werde; der Wachtbefehl des Generals und die Versammlung der Offiziere auf dem Rütli zeigt einen derart klaren, sauberen Widerstandswillen, daß das Volk damals in tiefster Be-

drängnis aufatmete. Es wird die Zeit kommen, da man diese Haltung unserer Armeeleitung offener würdigen kann; und dann wird vielleicht auch der Hinterste erkennen, was die Schweiz damals dem General zu verdanken hatte.

Der Kampf, der damals ausgefochten wurde, war ein stummer und erbitterter. Die Fronten standen sehr klar. Aber der Sieg war rasch erfochten. Die Abwehr zeigte sich mit erfrischender Deutlichkeit, als nach dem Empfang der Frontisten bei dem Bundespräsidenten Pilet-Golaz im Parlament auch die bürgerlichen Parteien unter dem Druck der Volksmeinung Erklärungen abgaben, die selbst in der vorsichtigen Form, in der sie abgefaßt waren, eine scharfe Desavouierung des Kurses Pilet-Golaz bedeuteten. Daß nach dieser eindeutigen Demonstration des Parlamentes der Bundespräsident im Amt blieb, ist auch eine der interessanten Erscheinungen schweizerischer Demokratie, wenn auch nicht gerade die erfreulichste. Aber es blieb die Erinnerung an die Rede vom 25. Juni 1940 zurück; überall wurde sie als eine der verhängnisvollsten politischen Taten, die je unsere Demokratie herabsetzen konnte, angesehen. Das allgemeine Unbehagen um den Außenminister blieb. Die Polemiken, die später um ihn entstanden, waren nur ein Ausdruck dieses schleichenden Unbehagens, um es nicht schärfer sagen zu müssen. Hier setzt nun etwas ein, das für uns oft schlechtwegs unverständlich ist: Die eigenen Parteiinteressen wurden den Staatsinteressen gleichgesetzt. Man fühlte sich durch das Belassen des Herrn Pilet-Golaz parteipolitisch belastet und mußte daher alles unternehmen, um eine Mohrenwäsche zu organisieren. Zunächst wurde vom Bundesratstisch aus mit steigender Empfindlichkeit und bei jeder Gelegenheit betont, daß die Außenpolitik des Herrn Pilet diejenige des ganzen Bundesrates sei, wobei man über die Tatsache mit souveräner Verachtung hinwegschritt, daß die Rede vom 25. Juni 1940 innerpolitisch mindestens ebenso interessant gewesen war wie außenpolitisch. Solche Erklärungen wurden auch von Bundesratsmitgliedern abgegeben, die damals noch gar nicht im Amte waren; die Solidaritätskundgebung des Herrn Bundesrat Stampfli mit dem angegriffenen Kollegen darf daher wohl in erster Linie als Ausdruck parteipolitischer Freundschaft und Verbundenheit gewertet werden. Man scheute nicht davor zurück, die Kritik an Bundesrat Pilet gleichzusetzen dem Angriff der Deutschschweizer auf die Welschschweizer und mit dem Aufreißen des Grabens zu drohen; kurz und gut, man tat alles, um den schlechten Eindruck durch Drohungen, Solidaritätskundgebungen und allerlei sonstige Manöver zu verwischen, weil man Rückwirkungen — auf die Nationalratswahlen 1943 befürchtete. — Eine Frage von ernstester, größter staatspolitischer Bedeutung war auf dieses Niveau heruntergezogen worden, ohne daß sich irgend jemand geschämt hätte. Und dieser Taktik kam nun die Affäre Sonderegger gerade recht; jetzt konnte man mit viel Staubaufwirbeln hinter der aufgeblähten, im Grund aber kleinen, lächerlichen Verschwörung die große, gefährliche und wirkliche des Jahres 1940 vergessen machen. Sonderegger wurde zum Sündenbock, auf den man die Schuld des Herrn Pilet und all der merkwürdigen Intellektuellen und Staatsreformer von 1940 lud. Was ist mit dieser Verschwörung?

Sonderegger hat im Jahre 1940 an Freunde und Bundesbrüder einige Briefe geschrieben. Sie befaßten sich mit der Umbildung unserer staatlichen Gesetzgebung und mit außenpolitischen Fragen. Sonderegger behauptet nachträglich, er habe durch seine Vorschläge an seine Freunde die Demokratie zu retten und der Schweiz ein politisches Réduit zu schaffen versucht. Mag er damit Glauben finden oder nicht, das eine ist sicher: Neben dem stummen, erbitterten Abwehrkampf, den damals andere Leute in schwerer Gefahr und mit allen Mitteln ernst führten, wirkt die Art und Weise des Kampfes von Sonderegger derart skurril, ja fast abstoßend lächerlich, daß sie wie das Satyrspiel neben der attischen Tragödie steht. Man suche sich doch einmal mit den Gedankengängen dieses krausen, schnurrigen und im einzelnen mutterwitzigen Appenzellers auseinanderzusetzen, und man wird sofort erkennen, wie ungeheuer lächerlich und kindisch all das Getue doch wirken muß.

Sonderegger gehörte zu denen, die nach dem Machtantritt Hitlers heilig überzeugt waren, daß die Stunde der Sozialdemokratie geschlagen habe und daß jetzt, dank Gottlieb Feder, das freiwirtschaftliche Zeitalter unter Führung Hitlers anbreche. Er hat uns in Versammlungen, die er im Jahre 1933 in Zürich hielt, ausdrücklich attestiert, daß die Zeit der Klöti, Grimm, Nobs vorbei sei und daß jetzt die Zeit seines höchst persönlich eigenen Aufstieges beginne; er hat in Gesprächen auch dem Unterzeichneten gegenüber immer wieder von der schönen Zukunft gesprochen, die in unserer Vergangenheit liege, ohne daß er sich irgendwie bewußt geworden wäre, wie spießerisch abgedroschen dieser Witz war. Er hat sich oft in eine steigende Prophetenlaune hineingeredet, und das hat ihn im Jahre 1940 dazu geführt, allen Ernstes in sich selbst den Retter der Schweiz zu sehen. Sie war für ihn bedroht, und darum suchte er nun geschäftig nach Mitteln, sie zu retten und gleichzeitig sich selbst zu helfen. Warum auch nicht, möchte man ausrufen, wenn man bedenkt, wie hübsch andere Leute damals das gleiche Geschäft betrieben haben, ohne daß ihnen deswegen jemals etwas geschehen wäre. Er suchte irgendeine Kombination zusammen und schrieb Briefe, in denen er Bundesratssitze anbot. Aber so wenig wie große Politiker sich Rechenschaft darüber gaben, wie sie ihre antidemokratischen Pläne durchsetzen wollten, so wenig kümmert sich Herr Sonderegger um den Weg zu seinem Ziel. Zwischen ihm und seinem Freund Schmid gab es über diese nicht gerade nebensächliche Angelegenheit heftige Dispute. Er tat das alles, weil er glaubte, er könne durch seine Regierungsbildung Hitler düpieren. Das ist ja eigentlich das Erschütterndste, daß dieser Dorfpolitiker aus dem Appenzellerland glaubt, er sei imstande, durch sein geschäftig antiplutokratisches Gehaben den Gefallen der siegreichen Deutschen zu erwerben und sie an der Nase herumzuführen. Einzig dieser Gedankengang müßte genügen, um zu zeigen, welche Höhe der politischen Überlegung dieser Cattilina von Seldwyla erreicht hat. Er verkehrt dabei mit einigen Freunden in einem Ton, welcher offenbar der Sache würdig ist: Wenn es gilt, einen neuen Bundesrat zu schaffen und die Schweiz zu retten, begrüßt er den neuen Bundesrat mit der Rede, er sei so besetzt wie ein Hotelabort, und die beiden Landesretter Schmid und Sonderegger reden sich

in ihren Briefen als «Kamel» und «Hornochse» an. Das Ganze ist derart wirklichkeitsfremd, daß man sehr gut versteht, es sei der eine Empfänger, Gadient, zur Überzeugung gekommen, er habe es hier mit den alkoholischen Phantasien eines Betrunkenen zu tun, so daß er den Brief kurzerhand in den Papierkorb warf. Es ist leicht möglich, daß es manchem Menschen mit gesundem Empfinden genau gleich gegangen wäre. Das ganze Getue des Verschwörers mußte ja an einer einzigen Überlegung scheitern: Dachte er denn wirklich nicht einen Augenblick daran, daß die Armee bei solchen Teufeleien hinter der Szene nicht zuschauen würde, sondern daß sie, die immerhin aus Bürgern unseres Landes besteht, die ihren eigenen politischen Willen haben, ihren Eid so vergessen würde, um eine derartige Komödie mit tragischem Ausgang auch nur in den ersten Szenen zu dulden? Ist es überhaupt nur erlaubt zu denken, die Armee hätte sich pflichtvergessen eine Regierung Wechlin gefallen lassen? Schon der Gedanke daran ist eine Beleidigung. Mit einem einzigen Kommando wäre der ganze Spuk vernichtet worden.

Ernst nehmen konnten eine derart üble Komödie, die ihren Urheber auf immer aus den Reihen ernsthafter Politiker ausschließt und völlig erledigt, mag er nun tun, was er will, nur seine engern Bundesfreunde. Was sich hier, im Freiwirtschaftsbund, hinter den Kulissen abgespielt hat, das ist so ziemlich das Ekelerregendste, was wir bis dahin in unserer langen politischen Erfahrung erlebt haben. Es ist ja gar nicht wahr, daß der Herr Lehrer Schmid so ganz und gar gegen die Pläne des Herrn Sonderegger war, er war nur der Sache nicht sicher und machte Vorbehalte; aber ein kategorisches, sauberes «Nein» ertönt nirgends; man hat immer das Gefühl, er wäre schon dabei, wenn nur die Sache nicht so heillos gefährlich wäre. (Was sie aber nie war!) Es schmeichelt dem Herrn, der als Nationalrat und Regierungsrat vom Zürchervolk bis dahin abgelehnt worden ist, gleich als Bundesrat berufen zu werden. Er hat so viel Mangel an gesundem Menschenverstand, daß er, benebelt von der Ansicht, es könnte vielleicht doch etwas werden, die Sache drei Jahre lang ruhen läßt. Und dann, aus irgendeinem Grunde, der mit der Machtpolitik im Freiwirtschaftsbund selbst zusammenhängt, gehen Photokopien herum, werden Abschriften herumgegeben, und das Erbärmliche: Es sind diese Dokumente zurechtgestutzt, nach dem Beispiel der Emser Depeschen. Wer die Photos herumgeboten hat, wer gefälscht hat — ignoramus! Auch von ihnen weiß keiner etwas. Aber der Zweck wird erreicht: Die Bilder geraten der Polizei in die Hände und die Polizei hebt eine Untersuchung an. Irgendwie geraten sie in die freisinnige Presse: Jetzt ist der Krach da. Sonderegger verläßt das Bundeshaus, um nie mehr zurückzukehren.

Wie aber kommt der Brief in die freisinnige «Solothurner Zeitung»? Hat der «Solothurner Anzeiger» recht, wenn er «vom ungehörigen Vorgehen jener Amtspersonen, die vertrauliche Akten der Polizeibehörden aus einer noch schwebenden Untersuchung in ein Blatt der Staatspartei hineingespielt hat», spricht? Dieses Blatt der Staatspartei ist nämlich die freisinnige «Solothurner Zeitung»! Sie hat die erste Publikation unter-

nommen, und wenn die Behauptung des katholischen Organs richtig ist, dann nur unter Verletzung eines Amtsgeheimnisses.

Wieviel war aber der Herr Sonderegger dem Freisinn wert? Besonders hassen konnte er ihn doch nicht, da dieser Appenzeller für den Freisinn wahrhaftig kein vollwertiger Gegner war. Es lohnte sich doch wirklich nicht, wegen Herrn Sonderegger die große Affäre aufzuziehen. Aber es lohnte sich, wenn man darob die große Affäre der Rede vom 25. Juni 1940 vergessen machen konnte; und es lohnte sich, wenn man nebenbei zwei größere Gegner als Herr Sonderegger dies ist, die Nationalräte Gadient und Bratschi erledigen konnte. Man jagte nicht Sonderegger, sondern man wollte Bratschi und Gadient erledigen und mit ihnen die Linke kompromittieren. Darum allein geht es. Bratschi hat sofort mit Deutlichkeit und Klarheit dargetan, daß er die Pläne Sondereggers unzweideutig zurückgewiesen habe. Es gibt im Verhalten des Präsidenten des Gewerkschaftsbundes nichts, das irgendwie angetastet werden könnte. Das hatte aber den journalistischen Freibeuter Grellet nicht gehindert, bei Gelegenheit eines Verräterprozesses einen Zusammenhang mit der Affäre Sonderegger zu konstruieren und Bratschi des Eidbruches zu bezichtigen, ohne daß der freisinnige Präsident des Nationalrates gegen einen derartigen unverschämten Burschen sofort die nötigen Disziplinarmaßnahmen ergriffen hätte. Den gleichen Vorwurf hat Grellet auch gegenüber Gadient erhoben. In ähnlichem Sinn ist ein scharfer Angriff auf Gadient in der «Davoser Zeitung» gerichtet worden. Damit wird der tiefere Sinn klar — die Hintergründe leuchten auf.

Unsere Aufgabe ist es, zu verhindern, daß dieses Manöver gelingt. Die Hanswurstiade des Appenzellers darf nicht die große, gefährliche Aktion des Jahres 1940 und die Rede vom 25. Juni 1940 verdecken. Politiker der Linken dürfen nicht vogelfrei erklärt werden, nur weil gewisse parteipolitische Bedürfnisse der herrschenden Partei dies gerade verlangen. Wir haben nicht vergessen, was geschah und was hätte geschehen sollen, wenn das Volk nicht den Trennungsstrich gezogen hätte. Alle Manöver der letzten Stunde werden nicht dazu führen, die Schuldigen von 1940 freizusprechen; es wird aber auch nicht gelingen, trotz aller organisierten Kampagnen nicht, Politiker der Linken auf die Anklagebank zu setzen, auf die ganz andere Leute, Leute vom System gehört hätten und noch gehören. Gegen Bratschi und Gadient ist keine Klage zu erheben; aber die Schuldigen von 1940 sind nicht freigesprochen.

Triumphe der marxistischen Methode

Von Valentin Gitermann, Zürich

I.

Auf Grund der Keplerschen Gesetze, insbesondere aber mit Hilfe der von Newton aufgestellten Gravitationstheorie, ist es den Astronomen der Aufklärungsepoche gelungen, die Bahnen der Planeten mathematisch exakt zu berechnen.